

Ratsfraktionen prüfen Resolution

Protest gegen Dichtheitsprüfung

Gütersloh (rec). Die Stadt Gütersloh wird aller Voraussicht nach eine Resolution zur Dichtheitsprüfung von Abwasserkanälen ans Land schicken. CDU, SPD und FDP waren im Planungsausschuss bereit, ihre eigenen Anträge zu Gunsten der von Norbert Morkes (BfGT) vorgeschlagenen gemeinsamen Vorgehensweise zurückzuziehen.

Bis zur Ratssitzung am Freitag, 20. Mai, wollen Vertreter der befürwortenden Fraktionen einen gemeinsamen Text zur Abstimmung vorlegen. Darin sei unter anderem hervorzuheben, dass vor einer Umsetzung des Paragraphen zunächst klare Regelungen getroffen werden müssten. Dazu gehöre unter anderem die deutliche Ausweitung der bisher festgesetzten Fristen, die ausdrückliche Festbeschreibung einer Schadensbeseitigung mit »Augenmaß« und Reaktionsmöglichkeiten auf Härtefälle. Auch wurde darauf verwiesen, dass zurzeit lediglich zwei Bundesländer die Dichtheitsprüfung beschlossen hätten und nur eine bundes einheitliche Lösung sinnvoll sei. Norbert Morkes, stellvertre-

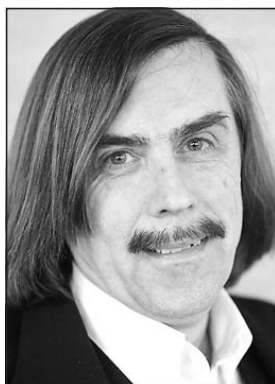
tender Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Dachverbandes »Dichtheitsprüfung, Nein, Danke!« (DND), informierte den Ausschuss über die Unterschriften von 3122 Bürger, die gegen das neue Gesetz protestierten.

Im Ausschuss warb einzig Birgit Niemann-Hollatz (Grüne) für eine konsequente Umsetzung des Gesetzes: »Wir reden hier über Abwasserkanäle. Und die müssen dicht sein.« Jahr für Jahr gäben Bürger bis zu 60 Euro für die Wartung von Schornstein und Heizungsanlage aus. Darum verstehe sie nicht die Aufregung, wenn alle 20 Jahre mal ein Betrag von rund 500 Euro für eine Kanalprüfung fällig werde. Angesichts der hohen Zahl von Trinkwasser-Brunnen müsste der gesamte Kreis Gütersloh als ein Wasserschutzgebiet ausgewiesen werden.

Dem hielt Morkes entgegen, dass die Kanalprüfung weit aus teurer sei und enorme Summen drohten, wenn kleinste Haarrisse zu reparieren seien. Morkes fragte, wo die von den Grünen stets beschworene Bürgerbeteiligung in diesem Fall bleibe.



Birgit Niemann-Hollatz (Grüne) bleibt hart.



Norbert Morkes (BfGT) setzt Resolution durch.